

LAG Wirtschaftspolitik Berlin und AK Rote Beete West

Podiumsdiskussion am 20.2.2020

Thema: Green New Deal – Ein Modell für DIE LINKE?

Moderation und Protokoll: *Philine Edbauer*

Podium:

- *Lea Stauß (Green New Deal for Europe)*
- *Judith Dellheim (Rosa-Lux-Stiftung, bundesweite AG Wirtschaftspolitik)*
- *Stefan Herweg (wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag, LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin)*
- *Pascal Meiser (kurzfristig abgesagt wegen Solidaritätskundgebung für die Opfer des rechtsextremen Anschlags in Hanau, gemeinsame Veranstaltung wird nachgeholt)*

Nach dem einführenden Vortrag von Dennis Egginger (AK Rote Beete West) zur Abgrenzung von pseudo-grünen „Errungenschaften“ wie Tesla in Brandenburg, wurden auf dem Podium die sozial-ökologische Transformationskonzepte Green New Deal for Europe (GNDE) – nicht zu verwechseln mit dem namensähnlichen, aber inhaltlich diversen Green Deal von Leyen – sowie der Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Linksfraktion auf ihre Chancen und Bedenken untereinander und mit den Gästen diskutiert.

Im Nachtrag an die Veranstaltung wurden von den Referent:innen Leseempfehlungen zusammengestellt. Im Folgenden sind die Stellungnahmen und Hinweise der Referent:innen aufgeführt.

Lea Stauß (Green New Deal for Europe, GNDE):

"Ich setze mich für den GNDE ein, da er die Ursachen anpackt, die uns überhaupt in die soziale und ökologische Krise geführt haben. Er ist ein Aktionsplan, der die europäische Wirtschaft im Hinblick auf Klimagerechtigkeit und Demokratie neu ausrichtet. Wir müssen den neoliberalen Denkfehler durchbrechen, dass die bloße Steigerung von Profit in allen Bereichen mit Fortschritt gleichgesetzt werden kann. Der einzige Weg aus der Abwärtsspirale der Sparpolitik sind Investitionen in die Zukunft. Und damit alle davon profitieren, müssen sie öffentlich sein. Das notwendige Geld dafür kann ohne Probleme von der Europäischen Investitionsbank durch den Verkauf von green bonds bereitgestellt werden. Es fehlt einzig und allein der politische Wille. Der GNDE ist die Chance, endlich Grenzen zu überwinden, denn die Krisen in Europa und der Welt können nur transnational gelöst werden. Europa hat die historische Verantwortung, eine Allianz für Klimagerechtigkeit in der Welt aufzubauen."

1. Website: <https://www.gndforeurope.com/>
2. Blueprint: <https://report.gndforeurope.com/>
3. Artikel:

- 03.09.2019 „Die Klimaschutz-Scharade“
<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/opinion/die-klimaschutz-scharade/>
- 30.09.2019 „Warum brauchen wir einen Green New Deal?“
<https://makroskop.eu/2019/09/warum-brauchen-wir-einen-green-new-deal/>
- 02.10.2019 “Green New Deal for Europe: Commission Co-Opting the Real Deal”
<https://www.arc2020.eu/green-new-deal-europe-commission-co-opting-real-deal/>
- 10.10.2019 „Ein echter Green New Deal sollte auch die Demokratie stärken“
<https://makronom.de/economists4future-ein-echter-green-new-deal-sollte-auch-die-demokratie-staerken-33602>
- 03.12.2019 „Offener Brief an die EU-Kommission“
<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ein-echter-green-new-deal-fuer-europa>
- 17.01.2020 „Ein Green New Deal für Osteuropa“
<https://www.freitag.de/autoren/klaudia/ein-green-new-deal-fuer-osteuropa>
- 07.02.2020 “The EU’s green deal is a colossal exercise in greenwashing”
<https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/feb/07/eu-green-deal-greenwash-ursula-von-der-leyen-climate>

4. Podcast:

<https://podcast.dissenspodcast.de/52-gnde> 17.12.2019

5. Buchempfehlungen:

- „Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann“
Naomi Klein, Hoffmann und Campe 2019
- “Der globale Green New Deal”
Jeremy Rifkin, Campus Verlag 2019

Stefan Herweg (wiss. Mitarbeiter im Bundestag, LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin):

„Ohne einen großen Umbau wie den Green New Deal werden wir die Klimakrise nicht lösen. Geld ist dafür genug da. Wir müssen die Mehrheit mobilisieren, um es richtig einzusetzen.“

1. Der Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Linksfraktion: https://www.lorenz-goesta-beutin.de/wp-content/uploads/2020/01/200128_Aktionsplan_Klimagerechtigkeit.pdf
2. Der GND von Labour aus UK: <https://www.labourgnd.uk/gnd-explained>
3. Die gute Zusammenfassung von Bernie Sanders:
<https://berniesanders.com/issues/green-new-deal/>

Judith Dellheim (Politikökonomin und Referentin für Solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, bundesweite AG Wirtschaftspolitik der Linken):

„Die Herausforderung besteht darin, sofort Maßnahmen einzuleiten, um kurzfristig den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen, die Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden global und sozial gerecht drastisch zu reduzieren

und den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Das Gerede von notwendiger Allmählichkeit ökologischen Umbaus, um "alle mitzunehmen", ist zynisch gegenüber den bereits unter den Klima- und Umweltkrisen Leidenden und dient den Profitinteressen der Konzerne. Wer "links" sein will, muss das durch gelebte Solidarität und praktiziertes ökologisch verantwortungsvolles Handeln beweisen.“

Dellheims Lesehinweise nachfolgend angehängt.

Dennis Eggingers (AK Rote Beete) Artikel-Empfehlungen über Tesla und Grünen Kapitalismus, die an seinen einführenden Kurzvortrag anknüpfen:

- a) <https://www.klimareporter.de/verkehr/tesla-produziert-keinen-klimaschutz> (von Sabine Leidig, MdB)
- b) <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/tesla>

Pascal Meiser (MdB, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion):

"Was wir in dieser Zeit des Umbruchs dringend brauchen, ist eine Vision, wie wir die notwendige Transformation unserer Wirtschaft so vorantreiben können, dass sie nicht zu neuen sozialen Härten führt und bestehende Ungerechtigkeiten nicht noch weiter verschärft. Ein solch sozial gerechter Übergang zu einer ökologisch-nachhaltigen Wirtschaftsweise darf man nicht dem Markt oder den Konzernzentralen überlassen. Das heißt: ein staatliches Investitionsprogramm historischen Ausmaßes, eine aktive staatliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und umfassende Mitbestimmung der Beschäftigten auch in wirtschaftlichen Fragen. Und es gilt auch hier: Je besser und verlässlicher der Sozialstaat ist, desto mehr wächst die Bereitschaft, sich auf den notwendigen Wandel offen einzulassen.“

Die Notizen von Judith Dellheim

Danke für die Vorbereitung der Veranstaltung und die Einladung

Danke für die anregenden Beiträge zu den sehr anregenden Papieren.

Ich kann sie ja nur sehr begrüßen und wäre froh, wir würden uns auf etwas Praktisches, wenn auch nicht Perfektes verständigen und das auch machen. Stefan hat zu Recht ein anderes Denken angemahnt und das heißt m. E.: Individuell und kollektiv Handlungsmöglichkeiten suchen und ihre Nutzung organisieren und realisieren.

Denn die Lage ist verdammt ernst – wir haben nur noch 12 Jahre, und die Umweltprobleme wachsen schneller als skeptische WissenschaftlerInnen annahmen.

Mein Problem mit dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit ist, dass er nicht seinen Vorgänger, den Plan B selbstkritisch reflektiert und auch nicht, was aus dem geworden ist. Stefan sagt zu recht, dass nicht alles neu sei. Plan B war wirklich eine reife Leistung, aber er hatte einen entscheidenden Mangel, der sicher auch erklärt, warum ihn heute nur noch Wenige kennen, obwohl wir richtig gute Konferenzen dazu hatten. Der Mangel lag darin, dass Plan B nicht recht an Basis-Aktivitäten in der Partei anknüpfte und auch nicht recht an den Kampagnen und Aktivitäten anderer Akteure, unserer politischen Partner/innen, was aber für reale Fortschritte unverzichtbar ist. Philine insistiert sehr begründet auf „Druck von unten“.

Ergo: ich werbe dafür, dass wir den Aktionsplan als Aktivität der Bundestagsfraktion sehen und begrüßen und damit als eine wichtige Arbeit, aber dass wir uns gleichzeitig darüber klar werden, dass er objektiv nicht das einzige und das Hauptinstrument der Bundespartei in ihrem Ringen um sozialökologische Transformation/sozial-ökologischen Umbau sein kann.

Mit dem Green New Deal for Europe verhält es sich ähnlich: Er reflektiert leider nicht, dass 2009 die Europäischen Grünen mit einem Green New Deal in den Europawahlkampf gezogen sind und dass ihr Projekt gescheitert ist. Inzwischen sind die Bedingungen dafür, dass realisiert wird, was realisiert werden müsste, noch schlechter geworden und zugleich sind die sozialen und ökologischen wie die globalen Probleme weiter gewachsen. Und wenn Stefan auf die Bedingungen für die Veränderung der EU-Gesetze verweist, so stimme ich dem zu, aber sage zugleich: Wir müssen fähig werden, Recht emanzipatorisch zu brechen, was nicht mit einem Aufruf zu Gewalt verwechselt werden sollte. Aber wenn der Stabilitäts- und Wachstums-Pakt sozial und ökologisch vernünftiges Handeln stört, muss gegen ihn verstoßen werden.

Ein anderer Name für einen linken – und Lea hat „links“ betont – Green New Deal – wie z. B. Red-Green New Deal – wäre vielleicht schöner. Aber das ist auch nicht mein Hauptproblem.

Mein Hauptproblem ist, dass auch der Green New Deal nicht an die vielen Aktivitäten europäischer Netzwerke anknüpft. So z. B. an die von change finance, corporation watch, an die Kampagnen gegen Europäische Rüstung und nun vor allem gegen Defender 2020 – dieses Gebiet ist völlig unterbelichtet.

Die potenziellen linken Partnerinnen und Partner würden sich mehr für diesen Green New Deal interessieren, würden sie sich in dem Projekt wiederfinden, würden sie konkret angesprochen.

Es geht nicht darum, „sie mitzunehmen“, sondern um Gemeinsamkeit herausfinden und gemeinsam politikwirksam zu machen.

Ergo: ich plädiere für mehr Kollektivität.

Etwas konkreter zum begrüßenswerten und kritikwürdigen Klimaaktionsplan:

Solidarisch-kritisch weise ich auf Defizite hin, denn marginalisiert sind

- Das Zusammenspiel zwischen Biodiversität und Klima – es geht UMWELTGERECHTIGKEIT
- Demokratisierung; es reicht nicht, nicht über die Köpfe der Menschen hinweg reden zu wollen und Transformationsräte einzurichten. Das A und O ist die aktive Einladung, zum gemeinsamen Analysieren, Denken und Tun, wo wir vor allem Lernende und nicht „Richtung-Gebende“ sind.
Die Förderung von Aktivitäten jener, die tun wollen, was getan werden müsste, hat auch mit Demokratie zu tun. Und das ist eine Herausforderung an unsere Mandats- und Amtsinhaber/innen, aber auch an die öffentlichen bzw. staatlichen Institutionen.
- Mehr Aufmerksamkeit verdient die Auseinandersetzung mit der sozial und ökologisch zerstörerischen Wirtschaftsstruktur, die die gesellschaftlichen Konsumtionsstrukturen und die gesellschaftliche Lebensweise bestimmt. Das betrifft vor allem die Bereiche
 - Grundstoff/Energie
 - Transport
 - Agrarwirtschaft ---- wo bleibt hier der Wald als Kernmoment der Biodiversität?
 - militärisch-industrieller „Sicherheits“komplex
 - Finanzen – die Finanzsphäre muss geschrumpft werden; es geht um die Beseitigung der Ursachen für die globale Finanzkrise; die gibt es nämlich immer noch
 - Hochtechnologien

Und noch etwas konkreter zum GREEN NEW DEAL FOR EUROPE:

Für sozialökologische Transformation ist kein Ansatz im Marshall-Plan zu finden, auch wenn Varoufakis vorschlug, von diesem ausgehend zu denken.

Aber vor allem muss man im Green New Deal eine Kritik der Herrschaftsverhältnisse vermissen. Das erklärt auch die Ausblendung des militärisch-industriellen „Sicherheits“komplexes.

Es reicht auch nicht von 2 Krisen – der Wirtschaftskrise und der Umweltkrise – zu sprechen. Es gibt globale Krisen auf dem Gebiet

- Der Ernährung , der Unterversorgung mit dem Lebensnotwendigen
- Der Ressourcen – Stichwort: sauberes Trinkwasser
- Der Demokratischen Institutionen und ihres Steuerungsvermögens
- Finanzen - wie gesagt sind die Ursachen der Finanzkrise nicht bekämpft. Das betrifft
 - Die Deregulierung/Liberalisierung der Finanzmärkte, was die Schattenbanken besonders jubeln lässt
 - Die Liquidität in den Händen der Reichen und Gewinner von der Umverteilung von unten nach oben
 - Die Steuerung durch den Shareholder Value
 - Die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, was die Finanzmärkte von Neuem speist
 - Die schwache Regulierung der Banken
 - Die Ungleichgewichte in den Handels- und Zahlungsbilanzen.

Es ist „nur“ von zwei „unheilsamen Tendenzen“ die Rede, von der

- Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen
- Sozialen Ungleichheit.

Was aber ist mit der dritten „unheilsamen Tendenz“ – der eskalierenden Gewalt?

Das Militärische fehlt – wie bereits gesagt – das aber gehört zu dieser verheerenden Tendenz. Auch gibt es Gewalt gegen Waldschützer, Morde an Kämpfern gegen Abholzung und unerlaubter Jagd ...

Linke bzw. sozialistische Wirtschaftspolitik ist Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation – Positionsbestimmung der AG Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Richtungen unterscheiden sich durch ihre Antworten auf die Frage: Wer warum mit welchen Interessen und Zielen welche Ressourcen wie im Wirtschaftsleben der Gesellschaft einsetzt bzw. einsetzen will, wie er um die Realisierung seiner Interessen und Ziele ringt und welche Konsequenzen dies für ihn und die anderen hat. Die Konsequenzen von Wirtschaftspolitik betreffen die Lebensbedingungen der Menschen und damit die natürliche Umwelt¹.

Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation ist das demokratische Ringen gesellschaftlicher Akteure um eine solche Aneignung von Ergebnissen gesellschaftlicher Arbeit, um einen solchen Einsatz von Ressourcen, dass beim Erhalt und bei der Zustandsverbesserung der natürlichen Lebensbedingungen die Lebensbedingungen der Menschen insgesamt und vor allem die der in den Gesellschaften und weltweit Schwächsten nachhaltig verbessert werden: ihr Schutz vor körperlicher und seelischer Verheertheit, ihre Gesundheit und Ernährung, ihre Teilhabe an sinnvoller, existenzsichernder, ökologisch verantwortbarer Arbeit, ihre Selbstbestimmung und Partizipation an gesellschaftspolitischen Entscheidungen, ihre Bildung und Betreuung, ihr Wohnen, ihre Mobilität, ihre Frei- und Mußezeit. Somit geht es um die schrittweise Umwälzung von Produktions- bzw. Wirtschafts- und Konsumtionsstrukturen zum einen. Zum anderen geht es um die tiefgehende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen und damit um die schrittweise Um- und Neugestaltung von Herrschafts- und Machtverhältnissen in der Wirtschaftssphäre. Dabei verändern sich die gesellschaftlichen Akteure, die Konstellationen zwischen ihnen und ihre konkreten Handlungsmöglichkeiten und -bedingungen. Es wächst das Gewicht jener, die den Verbrauch von natürlichen und stofflichen Ressourcen wie die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden global drastisch senken und zugleich soziale Ungleichheit in und zwischen den Gesellschaften wie weltweit fortschreitend abbauen und letztendlich überwinden wollen.

Wer der Idee einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, der selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch Handelnden anhängt, ist ständig gefordert, nach Möglichkeiten zu suchen, auf die Organisation und Realisierung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion entsprechend Einfluss zu nehmen; diese Möglichkeiten zu erschließen, zu nutzen und dabei zu erweitern. Wirtschaftspolitik für sozialökologische

¹ Die Verhältnisse zwischen den Menschen, ihre Technik und Technologien, das Klima und die Biodiversität entscheiden über die Lebensbedingungen der Individuen und Kollektive. Der Zustand des arktischen Eises, des grönländischen wie westantarktischen Eisschildes, des tibetischen Hochlands, der Permafrostgebiete und Kontinentalschelfe wie der amazonischen und borealen Wälder, die atlantische und arktische Tiefenwasserbildung, die marine Kohlenstoffpumpe, die Entwicklung des El Niño, der Ozonlöcher über der Antarktis und dem Nordpol, die Verfasstheit der Sahara und ihrer Staubquellen bestimmen über die Dynamik des globalen Klimas und der Biodiversität.

Transformation im hier verstandenen Sinne ist linke bzw. sozialistische Wirtschaftspolitik. Weil diese auf nachhaltige Veränderung der gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse und der wirtschaftlichen Prozesse bzw. der Wirtschaftssphäre insgesamt zielt, ist die vorrangige Aufgabe, die Akteure linker Wirtschaftspolitik zu mehrern, zu qualifizieren und zu stärken. Dies bedeutet konkret, zum einen soziale, ökologische und globale Probleme als Folgen konkreten Wirtschaftens, der Verhältnisse zwischen den Menschen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess zu erklären. Zum anderen geht es darum, zu helfen, fundierte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Forderungen und Positionen zu formulieren wie schlüssige konkrete Problemlösungen, wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Konzepte für gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Die Akteure sozialistischer Wirtschaftspolitik sind weiter gefordert, gesellschaftspolitische Bündnisse zu initiieren und zu entwickeln, über vorgestellte und möglichst auch realisierte konkrete Problemlösungen zu beweisen, dass es schon heute möglich ist, soziales und ökologisches Wirtschaften zu unterstützen. Für die Wirtschaftspolitiken linker/sozialistischer Parteien besteht darüber hinaus die Aufgabe, eine nachvollziehbare, stimmige – wissens- und kooperationsgestützte – parlamentarische und Verwaltungsarbeit anzustreben und umzusetzen. Die Mitglieder, AnhängerInnen und PartnerInnen solcher Parteien sollten als Streiter/innen für Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft ohne kapitalistische Produktionsweise erfahrbar sein. Sie sollten in der vielfältigen Öffentlichkeit überzeugend Probleme erklären, Positionen, Forderungen und praktikable Problemlösungen kommunizieren, sich im Alltag solidarisch, demokratisch, vernünftig und ökologisch verhalten – als Arbeitnehmer/in, Gewerkschafter/in, Selbständige/r, Unternehmer/in, als Mieter/in, Verbraucher/in, Versicherte, Mandats- und Amtsinhaber/in. Realitätstaugliche Problemlösungen können nur vom HIER und HEUTE, aus Abwehrkämpfen gegen die Angriffe der Herrschenden bzw. Mächtigeren und/oder von sozialen und ökologischen Erfordernissen, von solidarisch-emanzipativen Aktionen, Positionen, Zukunftsvorstellungen und Konzepten ausgehen. Sie sind zwangsläufig widersprüchlich: die Bekämpfung von Elend muss immer absolute Priorität haben. Dafür notwendige ökonomische Prozesse sind mit konkreten Energie- und Stoffumsätzen und daher Wachstum verbunden.

Mindestens sechs wirtschaftspolitische Herausforderungen, die insbesondere jede für sich und erst recht insgesamt ein MEHR an sinnvollen Arbeitsplätzen erbringen, liegen "auf der Hand":

(1) Armut und soziale Ausgrenzung wären endlich konsequent zu bekämpfen und damit sinnvolle, existenzsichernde, ökologisch verantwortbare Arbeitsplätze zu schaffen. Demokratische und soziale Mindeststandards, die Menschen- und Bürgerrechte realisieren, wären einzuführen. Das verlangt, das Steueraufkommen sozial gerecht zu erhöhen. Zugleich wären vorhandene Ressourcen anders, besser und effektiver zu nutzen, aber auch konkreter Rückbau von Produktion und Import wie selektiver Verzicht auf konkrete Produktions- und Wirtschaftsprozesse und auf konkreten Konsum wären angesagt. Damit ist vor allem Verzicht auf Prestigebauten, verkehrsmehrende Infrastrukturanlagen, Kohle- und Atomkraftwerke, Fleischproduktions-Kapazitäten, Rüstungs- und Überwachungsgüter, Luxus einer „Spaßgesellschaft“ ... gemeint.

(2) Soll Vorhandenes und Notwendiges besser genutzt werden, wären gesetzliche Effektivitäts- und VerbraucherInnenschutzstandards zu erhöhen und neu einzuführen. Auch Verbote, Mengenregulierung, gesetzliche Grenzsetzungen und die Besteuerung von Ressourcenverbrauch, von Wasser-, Luft- und Bodenbelastung werden gebraucht. Da muss linker Druck auf Parlamente, Regierungen, Verwaltungen und Institutionen organisiert und erhöht werden

(3) Gemeinsam mit bereits Engagierten wären den Bürgerinnen und Bürgern neue Möglichkeiten zu erschließen, ihr Verhalten zu verändern und sich zu organisieren, um in das Wirtschaftsleben einzugreifen – politisch anzugreifen und zu bekämpfen, was sie zu Konkurrenz, Entsolidarisierung, Gewalt gegen Andere und zu Umweltzerstörung zwingt bzw. was sie daran hindert, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll zu handeln. Sie können lokal und regional erste Umbauschritte gehen.

(4) Veränderungen der Bildungs-, Arbeits-, Investitions-, Forschungs- und Entwicklungspolitik sind notwendig, um die Energie- und Ressourceneffektivität zu erhöhen, die Verschmutzung von Luft, Wasser, Böden und Ökosystemen zu reduzieren und öffentliche Gesundheit zu verbessern. Technik/Technologien werden für eine andere, eine vorrangig dezentralisierte Ressourcenerschließung und Ressourcennutzung gebraucht, wobei erneuerbare Energien und eine ökologische Nahrungsmittelproduktion Kernfragen sind. Zu gesteigerter Ressourcenökonomie gehören Abwässer- und Abfallreduzierung und –verwertung; zur Ressourcenökonomie gehört Recycling, aber auch die Beachtung der Grenzen von Recycling, das allein nicht notwendig Stoffe spart, ebenfalls Energie verbraucht und nicht entgiften kann. Das E-Auto z. B. könnte begrenzt ein Mittel für zur Lösung von Transportproblemen sein. Es ist jedoch kein Ersatz für Verkehrsvermeidung und Ausbau des öffentlichen Transports, der im Personenverkehr zumindest teilweise unentgeltlich genutzt werden soll. "Brückentechnologien" wie Erdgas als Alternative zu Kohle und Atomenergie können sinnvoll sein, vorausgesetzt dass damit tatsächlich Strategien des Übergangs zur nachhaltigen Nutzung von vor allem dezentral produzierter erneuerbarer Energien verfolgt werden.

(5) Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, die Landwirtschaft umzustellen, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Düngemitteln, den Wasserverbrauch, die Tierhaltung und den Fischfang radikal einzuschränken, aber Nahrungsmittelsicherheit, Landschafts- und Naturpflege zu realisieren. Das muss selbstverständlich von Einfluss auf Konsumgewohnheiten sein.

(6) Hochrelevant ist es, den global Ärmsten unentgeltlich Pharmazeutika zur Seuchenbekämpfung, Nahrungsmittel und Technik/Technologie zur lokalen und regionalen Nahrungsmittel- und Energieproduktion zur Verfügung zu stellen; alle Projekte und Pläne zur zentralisierten Produktion von Futtermitteln, Fleisch und Fischprodukten wie von Biokraftstoffen wären ad acta zu legen, aber großzügige Hilfen zur Anpassung an den

Klimawandel, zur Bekämpfung weiterer globaler Erwärmung und schwindender Biodiversität wären zu gewähren.

Sollen die Ursachen und Verursacher von Armut, sozialen Spaltungen und Gewalt gegen Menschen einerseits, von Klimawandel und schwindender Biodiversität andererseits angegriffen, strukturell zurückgedrängt und letztendlich überwunden werden, muss gegen Entdemokratisierung und damit gegen Deregulierung, Privatisierung, Kommerzialisierung und Austeritätspolitik, gegen Repression, Militarisierung und Krieg gekämpft werden. Um zunehmend Ressourcen so einsetzen und nutzen zu können, dass auf allen Ebenen – von der lokalen, über die regionale, staatliche hin zur EU- und globalen Ebene – soziale und ökologische Zerstörung gestoppt und bekämpft wird, müssen wirtschaftspolitische Entscheidungen, die Kontrolle ihrer Realisierung und der Zugriff auf die Ressourcen demokratisiert werden. Das wiederum verlangt die Demokratisierung der staatlichen bzw. öffentlichen Bereiche, insbesondere der öffentlichen Haushalte und Finanzen, einschließlich des Umgangs mit Schulden, der Infrastrukturen. Zunächst muss verhindert werden, dass Märkte weiter zu Gunsten der wirtschaftlich Stärksten und Stärkeren dereguliert werden, dass öffentliche Schulden durch die Gläubiger repressiv und existenzbedrohend gebraucht werden, dass es zu weiterem Abbau notwendiger öffentlicher Leistungen und Einrichtungen kommt, dass Steuern für Reiche und ökonomisch starke Unternehmen gesenkt werden, dass neue internationale Freihandels- und Investitionsschutzabkommen durchgesetzt werden. Die Vorhaben in der Rüstung wie Überwachung, in der atomar-fossilen Energiewirtschaft, die verschiedenen zerstörerischen Megaprojekte müssen abgewendet und rück- wie weggebaut werden. Dafür erforderliche neue soziale wie politische Bündnisse beginnen auf der lokalen und regionalen Ebene, wo Akteure konkrete alternative Problemlösungen organisieren. Vernetzen sie sich überregional, landesweit, europäisch und global – insbesondere in Kämpfen um demokratische, soziale und ökologische Standards, können wirksame Akteure sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung, sozialökologischer Transformation entstehen.

AG Wirtschaftspolitik bei der Ökologischen Plattform

Sozialistische Politik für soziale Wärme und gutes Klima

Das bedeutet Engagement für

- Frieden und eine für alle lebenswerte Umwelt
- Selbstbestimmung und demokratische Mitbestimmung in das individuelle und gesellschaftliche Leben relevant betreffenden Fragen, auch und insbesondere in Sachen „Digitalisierung“ und „künstliche Intelligenz“
- Gesundheit und Bildung im Zentrum von Politik
- Menschenwürdiges Wohnen und Mobilität für alle
- Umverteilen pro Solidarität und Zukunft
- Sinnvolle Arbeit – gesundheitsverträgliche und würdige Arbeits- wie Vergütungsbedingungen, sozial und ökologisch verantwortbare Arbeitsinhalte und -ergebnisse
- die Stärkung der Linken in der EU und in Europa.

Dieses Engagement wird nur mit einer glaubwürdigen und bündnisfähigen sozialistischen Partei politikwirksam, die an den Aktivitäten anderer emanzipativ-solidarischer Akteure anknüpft, diese unterstützt, sich mit ihnen vernetzt und sie zur Mitwirkung an eigenen Projekten gewinnt. Eine solche Partei ist kulturell aufgeschlossen und ihre Politikentwicklung ist partizipativ organisiert. Sie wirkt auf der Basis kritisch geprüfter und zu prüfender wissenschaftlicher Erkenntnisse, ohne technikgläubig zu sein und „Fortschritt“ auf Technologien einzuengen. Sie sucht ihre Wirkungsbedingungen ständig analysierend nach politischen Handlungsmöglichkeiten, um diese zu nutzen und zu erweitern. Sie kommuniziert populär, ohne populistisch zu sein.

Die gegenwärtigen bündnispolitischen Aktionsfelder heißen insbesondere:

- Protest gegen diese „Verteidigungspolitik“, gegen das NATO-Großmanöver „Defender 2020“
- Unsere Daten gehören uns!
- Gesundheit, Bildung und Pflege sind keine Waren
- Bezahlbare Wohnungen für alle!
- Umfassender Ausbau des öffentlichen Transports und (schrittweise) Einführung des Nulltarifs im ÖPNV
- Für ein Lieferkettengesetz¹ und für Tribunale gegen Bayer-Monsanto u.a.
- Reichtum umverteilen!

¹ <https://lieferkettengesetz.de>

- KlimaJobs und Arbeitszeitverkürzung statt umweltschädlicher Subventionen
- Schluss mit dem Sterben im Mittelmeer und dem Vegetieren auf den griechischen Inseln!
Gegen die Festung EU!, die EU atomwaffenfrei machen!

Diese Schwerpunkte können mit zwei zentralen „Achsen“ gefasst werden: Klima- und Friedenspolitik, Gesundheitspolitik als Gesellschaftspolitik im umfassenden Sinne.

Wir orientieren auf ein solidarisches soziales Mitte-Unten-Bündnis. Zugleich orientieren wir auf die „verbindende Partei“ UND zielen auf die Politikwirksamkeit all jener, die eine Gesellschaft selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch handelnder Menschen anstreben. DIE LINKE. versteht ihre Wirtschaftspolitik als Angelegenheit der Mitglieder und kommuniziert:

Der übergroße ökologische Fußabdruck eine(r/s) durchschnittlichen Bundesbürger(in/s) hat wesentlich mit den herrschenden Konsumtionsstrukturen und den diesen zugrundeliegenden Produktionsstrukturen zu tun. Da geht es vorgeblich um Arbeitsplätze. Über Konsum und dessen ständige Erweiterung wird angestrebt, den Konsens zwischen der Bevölkerungsmehrheit, den Arbeitenden und insbesondere den abhängig Beschäftigten einerseits und den Herrschenden andererseits zu erhalten und zu sichern – den Konsens zu Ausbeutung, Unterdrückung, Konkurrenz und Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen. Die Herrschenden sind Kooperationen von Kapitaleliten, vor allem der mächtigsten Geldkapitalisten und der größten Eigentümer und Manager von Konzernen, die vielfach untereinander vernetzt sind und ihren Sitz in den globalen Industrieregionen haben. Darüber hinaus gehören zu diesen Kapitaloligarchien: Funktionäre der „Politik“, „des Militärs“ und „der Sicherheit“, „der Kultur und Wissenschaft“, „des Lobbyismus“, „der Medien“, „des Rechts“, „der Beratung und Buchführung“ und „der Zivilgesellschaft“ – sie sind für die Akkumulation des (Finanz)Kapitals von zentraler Bedeutung.

DIE LINKE. wird weiterhin auf allen politischen Handlungsebenen – von der lokalen bis zur globalen – mit allen Instrumenten demokratischer Politik – vom zivilen Ungehorsam über die parlamentarische Arbeit – bis hin zum Regieren gegen diese Politik und Entwicklungen und für ihre Ziele kämpfen. Dafür wird sie ihre Arbeitsweise, insbesondere die innerparteiliche Kooperation qualifizieren. Ihre Verankerung vor Ort und in der Region ist dabei die entscheidende Voraussetzung. Zugleich wird die Partei stärker mit konkreten sofortigen, kurz-, mittel- und langfristigen Zielstellungen und an ihrem Zusammenspiel arbeiten.

Wir bleiben bei unseren Forderungen: Die Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass die von Deutschland eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen die grundlegenden Existenzprobleme der Menschheit – Armut, Seuchen, Krieg, globale Erwärmung und Schwund der Biodiversität – erfüllt werden.

- Die Regierungen und politischen Kräfte, die für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung eintreten, müssen unterstützt werden.
- Die militärischen Ausgaben müssen auf ein ausschließlich zur Verteidigung erforderliches Minimum reduziert werden; sozial und ökologisch zerstörerische Subventionen müssen beendet werden.

- Der Finanzsektor und die großen digitalisierten Konzerne müssen strikt reguliert und radikal geschrumpft werden, so dass die Bevölkerungsmehrheit vor Finanzkrisen und Datenmissbrauch geschützt wird.
- Eine sozial gerechte und ökologisch sinnvolle Besteuerungsreform soll Realität und mit sozial-ökologisch gebotener Ordnungs-, Investitions- und Strukturpolitik verbunden werden. Die Verursacher ökologischer Zerstörung müssen für die Folgen aufkommen (Verursacherprinzip, Kostenwahrheit).

Bis 2030 sollen der Ausstieg aus der Kohle, bis 2050 die Halbierung des Ressourcenverbrauchs geschafft sein. *Wir wollen die Bundesregierung zum Konflikt mit den Kapitaloligarchien nötigen.*

Vom Gelingen des Umbaus der Produktions-, Konsumtions- und Sozialstrukturen hängt es ab, ob immer mehr Menschen und endlich Jede/r selbstbestimmt in Würde, solidarischem Miteinander und gesunder Natur leben können. Die Herausforderung besteht darin, die Kämpfe emanzipativ-solidarischer Akteure so zusammenzuführen, dass die Hauptverursacher und die Hauptursachen von Ausbeutung und Unterdrückung, von Kriegen und Militarisierung, von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Überwachung und Fremdbestimmung und der Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen radikal bekämpft werden. Das bedeutet heute konkret:

- Verhinderung neuer Großprojekte (z. B. Kohletagebaue, petrolchemische Betriebe) zur Energieerzeugung, zur Herstellung von chemischen Erzeugnissen, zur Gewinnung von Roh- und Grundstoffen, zur Agrarproduktion, zur Militarisierung und Überwachung, zu Freihandel, Finanzialisierung, Eigentums- und Investitionsschutz
- Bekämpfung von Deregulierung, Kommerzialisierung und Privatisierung des Öffentlichen und das Eintreten für seine Demokratisierung
- Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte, sozialer und ökologischer Standards
- Realisierung einer Lokal- und Regionalentwicklung wider Standortkonkurrenz
- Organisation von Solidarität mit den sozial und global Schwächeren.

Ergo:

Wir kämpfen um eine Änderung der Ziele der Produktion und der Prioritäten in der Wirtschaftspolitik. Es geht zum einen um ein Umsteuern der Produktions-, Verteilungs-, Austausch- und Konsumtionsprozesse. Zum anderen geht es um einen Um-, Rück- und Abbau zuerst jener Wirtschaftsbereiche, die am meisten die globalen Produktions- und Konsumtionsstrukturen prägen: der Energie-/Chemie-/Grundstoff- und Transportbereiche, des Agrobusiness, des militärisch-industriellen Komplexes, der Finanzsphäre und der High-Tech-Branchen. Das muss zum Dritten mit tiefgreifenden Veränderungen der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln einhergehen.

Die anstehenden Herausforderungen sind konkret:

- 1) Armut und soziale Ausgrenzung müssen endlich konsequent bekämpft und dabei sinnvolle, existenzsichernde, ökologisch verantwortbare Arbeitsplätze geschaffen werden. Dafür muss das Steueraufkommen sozial und ökologisch gerecht erhöht werden. Das ist unverzichtbar, um erforderliche Investitionen tätigen zu können. Selektiver Konsumverzicht insbesondere in

Bereichen der Luxuskonsumtion, stark umweltschädlicher Konsumtion und Konsumtion aus Prestige Gründen gehört auf die Tagesordnung.

- 2) Der erforderliche Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis 2030 und die Halbierung des absoluten Energie- und Materialverbrauchs bis 2050 müssen realisiert werden. Das bedeutet auch und insbesondere, die Arbeit am Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare, vor allem dezentral erzeugte, Energien zu beschleunigen. Das muss bei gleichzeitiger Umsetzung aller völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Bekämpfung des Schwundes der biologischen Artenvielfalt erfolgen und die Arbeit an den erforderlichen Suffizienzstrategien prägen. Die gesetzlichen Effektivitäts- und VerbraucherInnenchutzstandards müssen erhöht, die Zulassungsgrenzen für den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung gesenkt werden. Progressive Besteuerung von Ressourcenverbrauch, von Wasser-, Luft- und Bodenbelastung ist unverzichtbar.
- 3) Gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und für die Bürgerinnen und Bürger sollen neue Möglichkeiten erschlossen werden, um ihr Verhalten zu verändern und wirksamer in das gesellschaftliche Leben eingreifen zu können. Es gilt, Bedingungen zu schaffen, um all das zurückzudrängen, was ein Verhalten der Konkurrenz, Gewalt gegen Andere und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen fördert.
- 4) Für die Umbauprozesse sind der Erhalt, die Demokratisierung und der Ausbau des Öffentlichen von hoher Relevanz.
- 5) In der Landwirtschaft muss der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Düngemitteln drastisch sinken. Massentierhaltung und Leerfischen müssen überwunden werden. Tiergesundheit gehört zu den Prioritäten.
- 6) Den global Ärmsten muss unverzüglich und bedingungslos großzügig geholfen werden, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern und sich an die Folgen der Erderwärmung anzupassen. Sie sind am empfindlichsten von diesen betroffen.